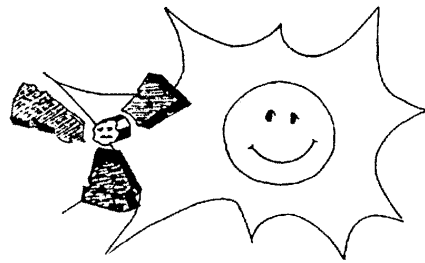


Atomkraftfreie Zukunft



P.b.b.

4/2020 Dezember

Das dicke Ende eines AKWs

Was passiert, wenn ein AKW am Ende seiner Betriebsdauer für immer abgeschaltet wird? Am Schweizer AKW Mühleberg kann man im Moment beobachten, was das Abwracken eines AKWs bedeutet.

Die Anlage wurde am 20. Dez. 2019 nach 47 Betriebsjahren abgeschaltet.

In der Schweiz entschloss man sich nach der Katastrophe von Fukushima, die Atomkraft auslaufen zu lassen; es werden keine neuen AKWs mehr bewilligt.

Für den Rückbau des AKW Mühleberg standen zwei grundsätzliche Möglichkeiten zur Diskussion: entweder sofortiger Rückbau oder sicherer Einschluss (heißt: Abtransport der Brennelemente und darauffolgende „Einmottung“ der Anlage für einige Jahrzehnte ohne sonstige Maßnahmen mit Rückbau nach dieser Zeit); man hat sich für ersteres entschieden. Gründe: Es scheint riskant, die Anlage 40, 50 Jahre einfach so stehen zu lassen. Weiters hat man jetzt die Expertise der Betriebsmannschaft, die in 40 Jahren nicht mehr zur Verfügung steht. Außerdem wird die Messbarkeit der radioaktiven Materialien mit größerem Zeitabstand immer schwieriger.

Dafür mussten neue Methoden, Maschinen und Geräte entwickelt werden.

Der Zeitplan für dieses enorme Vorhaben sieht so aus:

6. Jänner 2020: Beginn der Vorbereitungsarbeiten für die Abwrackung: Als erstes wurden die Splitterschutzsteine rund um die Turbinen gereinigt und freigemessen (= messtechnischer Nachweis, dass beim Abriss einer kerntechnischen Anlage anfallende Rückstände wie Bauschutt, Metallteile etc. so wenig radioaktiv sind, dass sie nicht mehr überwacht werden müssen).

Ende März 2020: Öffnung des Reaktordruckbehälters, Verlagerung aller Brennelemente ins Lagerbecken

Der vollständige Rückbau dauert wahrscheinlich bis 2034. Das Ziel ist, die radioaktiven „Abfälle“ auf ein Minimum zu beschränken und so viel Material wie möglich zu dekontaminieren, und zwar durch Abwischen, Abwaschen oder Hochdruckreinigung. Was nicht gereinigt werden kann, wird für spätere Tiefenlagerung verpackt (laut Schweizer Kernenergiegesetz muss das radioaktive Material in der Schweiz dauernd und sicher entsorgt werden, das heißt im Klartext: in einem geologischen Tiefenlager).



UGKK- arge sva – Wettbewerb (siehe S. 4)

Anmerkung der WPA: Tiefenlager sind aus mehreren schwerwiegenden Gründen nicht geeignet, um radioaktives Material für mehrere hunderttausend Jahre zu lagern.

Die Bausubstanz des AKW umfasst insgesamt rund 200.000 Tonnen; davon sind ca. 2% radioaktiv, davon wiederum ca. 100 Tonnen hoch radioaktiv.

2021: Beginn des Transportes der Brennelemente ins Zwischenlager nach Würenlingen.

2021: Vorbereitung des Maschinenhauses für die Reinigung der radioaktiv verunreinigten Materialien.

2024: Ende des Abtransportes der Brennelemente und damit mehr als 98% der Radioaktivität im AKW.

Bis Ende 2030: Demontage und, wenn möglich, Dekontaminierung aller Anlagenteile, die mit Radioaktivität in Kontakt waren.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

2031: Wenn alles gutgegangen ist und keine radioaktiven Gefahrenquellen mehr festgestellt werden können, werden die Behörden das Areal freigeben. Danach werden die verbliebenen Gebäude konventionell rückgebaut (= auf herkömmliche Weise abgerissen).

Die Kosten für all das werden in der Schweiz von den Verursachern getragen: Stilllegung und Rückbau der Atomanlagen, Entsorgung der radioaktiven „Abfälle“ inklusive Entsorgung von Betriebsabfällen und abgebrannten Brennelementen nach Außerbetriebnahme des AKWs. Dafür wird seit 1985 jährlich in den Stilllegungsfonds und seit 2002 in den Entsorgungsfonds eingezahlt.

Mit gut 3 Mrd. Franken kalkuliert die Betreiberfirma

BKW (Bernische Kraftwerke AG) diese Kosten für das AKW Mühleberg. Ein Großteil der Entsorgungskosten fällt aber erst an, wenn das geologische Tiefenlager gebaut wird, womit man bei der BKW frühestens 2040 rechnet.

Anmerkung der WPA: Wie kann man etwas kalkulieren, das so unsicher ist wie ein geologisches Tiefenlager?

Dass das AKW Mühleberg mit seiner Nettoleistung von 373 Megawatt nun für die Stromversorgung ausfällt, wird leicht durch die Kapazität der gesamten Schweizer Kraftwerke von 20.000 Megawatt aufgefangen. Der maximale landesweite Verbrauch beträgt 10.000 Megawatt. Das heißt also, dass die Schweiz mindestens 50% ihres erzeugten Stromes exportiert.

Die groben Fahrlässigkeiten rund um das AKW Mochovce nehmen kein Ende ...

Die IAEA hat Ende 2019 Untersuchungen im Reaktor Mochovce 3 durchgeführt („Pre-OSART-Mission“), im Sommer 2020 hat Global2000 die Herausgabe des Endberichts nach dem Informationsfreiheitsgesetz beantragt. Nun schreibt die slowakische Atomaufsicht UJD, dass „der Betreiber die Zustimmung auf Veröffentlichung [...] verweigert“. Noch verblüfft von dieser dreisten unrechtmäßigen Verweigerung informiert man sich, was die IAEA der Presse über die Ergebnisse der Untersuchung mitteilt, und das ist nun, gelinde gesagt, beunruhigend: Von „Empfehlungen“ ist die Rede: Die Manager sollten „hohe Standards und Erwartungen für den Betrieb des Kraftwerks setzen und dafür sorgen, dass diese rigoros umgesetzt werden“ (das war also zum Zeitpunkt der Prüfung nicht der Fall). Weiters sollte das Management einen „integrierten und strategischen Ansatz zur sicheren Inbetriebnahme“ entwickeln und umsetzen (auch das fehlte offensichtlich). Die Sicherheitskultur auf der Baustelle wird ebenfalls als verbesserungswürdig dargestellt. **Wenn man bedenkt, dass die IAEA eine sehr atomkraftbefürwortende Organisation ist, wird die Tragweite solcher Aussagen deutlich. Fazit: Der Betreiber verweigert die Herausgabe des Berichts, weil im Reaktor 3 des AKW Mochovce die Misstände zum Himmel schreien.**

Die WPA fordert: Bis sie restlos beseitigt sind, darf der Reaktor auf gar keinen Fall in Betrieb gehen! (Presstexte Global2000 und IAEA via Waldviertler Energiestammtisch)

Soeben erfahren wir, dass der Bericht nun doch veröffentlicht wurde. Er stellt Mochovce 3 ein vernichtendes Zeugnis aus!



UGKK- arge sva – Wettbewerb (siehe S. 4)

Schulterschluss – Steiermark/Kärnten gegen AKW Krško

Die Steiermark und Kärnten arbeiten in Sachen grenznahes AKW Krško / Slowenien zusammen. Die beiden für Umweltangelegenheiten zuständigen Landesrätinnen Mag.^a Sara Schaar (Kärnten) und Mag.^a Ursula Lackner (Steiermark) sind nicht nur gegen eine Laufzeitverlängerung bzw. Erweiterung des bestehenden Atomkraftwerkes, sondern fordern auch weiterhin eine Stilllegung.

Atomkraft ist keine nachhaltige und zukunftsfähige Technologie. Die Risiken sind unabsehbar, wie die Beispiele aus der Vergangenheit zeigen. Für das AKW Krško ist die Lagerung der Brennstäbe noch nicht geklärt, dafür muss ein Hochsicherheitslager gefunden werden, das für Jahrhunderttausende (!!!) betreut werden

muss! Auch der problematische Standort des AKW in einem Erdbebengebiet ist eine nicht zu unterschätzende Gefahr, so die Argumente der beiden Landesrätinnen.

Anfang Oktober gab die slowenische Umweltagentur (ARSOA) die Entscheidung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für die geplante Laufzeitverlängerung bekannt. Das ist ein Erfolg! Wir fordern jedoch ausdrücklich ein grenzüberschreitendes Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren, damit sichergestellt wird, dass die Genehmigungsplanung samt Umweltbericht auch der internationalen Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird; dafür plädieren Lackner und Schaar. (krone.at, 7. 10. 2020)

EURATOM-Vertrag umschreiben!

Der Europäische Gerichtshof hat die Klage Österreichs wegen staatlicher Beihilfen für das geplante britische AKW Hinkley Point C im September dieses Jahres abgewiesen. Damit wird der weiteren Finanzierung der Atomkraft aus Steuergeldern Tür und Tor geöffnet. Basis für diese „Fehlentwicklung“, wie Umweltministerin Leonore Gewessler sie unlängst nannte, ist der EURATOM-Vertrag, ein EU-Vertrag aus dem Jahr 1957, dessen Ziel es ist, die Atomindustrie mit Milliardenkrediten (!) weiterzuentwickeln. So ist auch künftig nahezu jede nationale Förderung für neue AKWs möglich!!

Obwohl wir in Österreich keine Atomkraftwerke zur Stromerzeugung betreiben, bezahlen wir dennoch jährlich einen höheren Millionenbetrag (die genauen Zahlen werden nicht bekannt gegeben) ins EURATOM-Budget ein und tragen so indirekt zur Finanzierung neuer AKWs bei. Zusätzlich bevorzugt die wettbewerbsverzerrende staatliche Förderung die veraltete Nuklearindustrie und behindert so den Ausbau der Erneuerbaren Energie. Das Europäische Parlament hat kein Mitspracherecht in nuklearen Fragen; der EURATOM-Vertrag widerspricht somit unserem Demokratieverständnis.

AUFRUF:

Bitte unterzeichnen Sie unsere neue Online-Petition „Keine Steuergelder für Atomkraftwerke in der EU! Änderung des EURATOM-Vertrags JETZT!“

Einen Button zur Petition finden Sie auf unserer Website www.atomkraftfreiezukunft.at

Die Wiener Plattform Atomkraftfrei fordert daher die österreichische Bundesregierung auf,

- das Regierungsprogramm umzusetzen, in dem die Reform des EURATOM-Vertrages festgeschrieben ist,
- Verbündete auf EU-Ebene zu suchen, um eine „Vertragsstaatenkonferenz“ einberufen zu können,
- die anderen Mitgliedsstaaten von der Notwendigkeit einer solchen Vertragsänderung zu überzeugen, da eine Vertragsänderung nur einstimmig zu erreichen ist,
- sich für eine grundlegende Reform des Vertrages einzusetzen, sodass nur mehr die Stilllegung, die Abwrackung von AKWs und die sichere Lagerung des Atommülls finanziert werden.

Umweltministerin Gewessler sieht eine Chance im Brexit Großbritanniens: „Die Länder, die nicht mehr auf Atomkraft setzen, wären erstmals in der Überzahl.“ (Wiener Plattform Atomkraftfrei und Die Presse, 23. 9. 2020)

Der EURATOM-Vertrag ist nicht mehr zeitgemäß und muss dringend verändert werden!

Bericht über die Kundgebung am Nationalfeiertag

„Atomkraft ist kein Klimaretter! Keine Steuergelder für Atomkraft in der EU!“, so lautete das Thema unserer Kundgebung am heurigen Nationalfeiertag am Montag, den 26. Oktober 2020, auf dem Michaelerplatz.

Gerade in Zeiten, in denen manche Menschen wegen der Herausforderungen des Klimawandels auf eine Renaissance der Atomkraft hoffen, ist es wichtig, den Behauptungen der Atomlobby klare Fakten und Informationen entgegenzusetzen! Die Passanten wurden mittels Megaphon informiert, Flugis und unsere Zeitungen wurden ausgeteilt.

Das Thema Atomkraft und alle damit verbundenen Probleme und Gefahren wurden angesprochen:

- Atomstrom ist nicht CO₂-neutral
- Atomkraftwerke sind unrentabel, die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen ist weit kostengünstiger!

Atomstrom ist also tatsächlich die teuerste Art, Wasser zu erhitzen, um damit Strom zu erzeugen! Umso unverständlicher, dass immer noch Subventionen für AKWs genehmigt werden, wie zuletzt für Hinkley Point C in Großbritannien...



Foto: Wiener Plattform Atomkraftfrei

Die Wiener Plattform Atomkraftfrei fordert daher eine Änderung des EURATOM-Vertrages, der Grundlage solcher Subventionierungen!

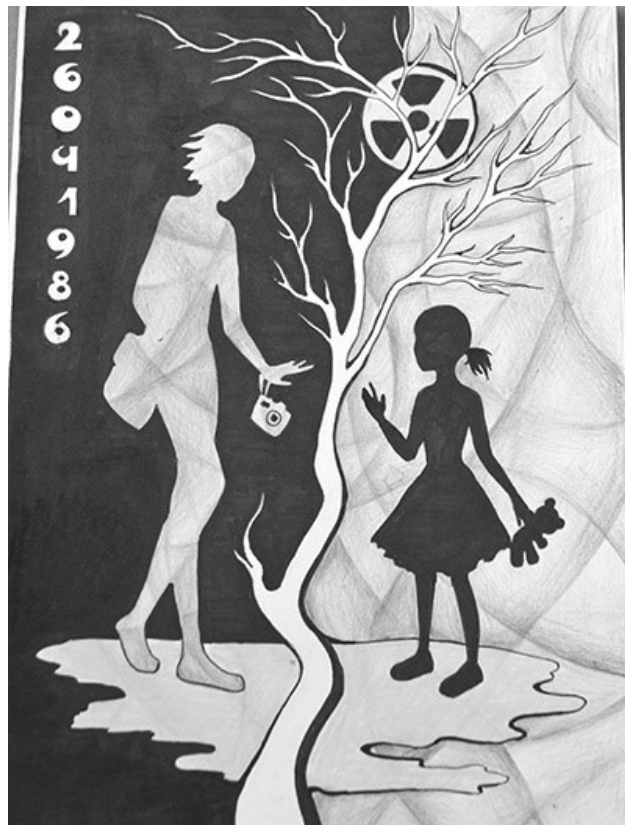
Obwohl coronabedingt nicht so viele Passanten unterwegs waren, wurden doch zahlreiche Menschen erreicht, vielleicht sind gerade sie gute Multiplikatoren...

Dank an alle, die unserem Aufruf gefolgt sind und mitgeholfen haben!

Corona erhöht Risiken in AKWs

In den mehr als 400 AKWs weltweit sind tausende Mitarbeiter infiziert, was notwendige Sicherheitschecks erschwert oder sogar unmöglich macht. Allein beim russischen Atomkonzern Rosatom sind 4.600 MitarbeiterInnen infiziert, vor allem hoch qualifiziertes Personal wurde nach Hause geschickt, um die Ansteckungsgefahr zu verringern. Der französische Elektrizitätskonzern EdF lässt drei Viertel der in der Atomabteilung Beschäftigten von zu Hause aus arbeiten. Das ist dem 361 Seiten starken World Nuclear Industry Status Report zu entnehmen, der jährlich von interdisziplinär arbeitenden Experten aus Kanada, Frankreich, Deutschland, Japan, Libanon, USA und Großbritannien erstellt wird und die Situation der Atomindustrie beschreibt. Heuer wurde der Pandemie ein eigenes Kapitel gewidmet. (Quelle: www.derstandard.at)

Die Illustrationen in dieser Zeitungsausgabe sind Siegerzeichnungen eines Wettbewerbes für ukrainische Jugendliche der Ukrainisch Griechisch-Katholischen Kirche im Jahr 2016. Thema war: „Die Katastrophe von Tschernobyl — 30 Jahre danach.“



UGKK- arge sva – Wettbewerb (siehe Text links)

20 Jahre AKW Temelín/Tschechien

Vor 20 Jahren, am 9. 10. 2000, ging der erste Block ans Netz, 60 km von der oberösterreichischen Grenze entfernt. Die oberösterreichischen Antiatom-AktivistInnen beobachten seither sehr aufmerksam die Situation.

Grund zur Aufregung gab es oft: ausgetretenes Kühlwasser, nicht funktionierende Pumpen, Probleme mit Turbinen, und so weiter. (OÖN, 18. 11. 2020)

Deutschlands Suche nach Atommüll-Endlager an der österreichischen Grenze

Jetzt wird es ernst mit der Errichtung von - unserer Meinung nach gefährlichen - geologischen Tiefenendlagern. Nun hat nach Tschechien auch Deutschland mit einer Reihe von geologisch als geeignet eingestuften Gebieten, unter anderem in Grenznähe, für Aufruhr gesorgt. Konkret ist die Rede von Niederaichbach, dem Standort

des AKWs Isar2, 61km von der Grenze zum Innviertel entfernt. Proteste gibt es schon von SPÖ, ÖVP, Grünen und FPÖ. 2031 soll die Entscheidung über den Standort fallen. (OÖN, 22. 10. 2020)

UN-Atomwaffenverbot tritt in Kraft!

Nach jahrzehntelangen Bemühungen vieler Staaten hat am 24. 10. 2020 Honduras als 50. Staat den UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen ratifiziert. Damit wird dieses Verbot ein bindendes Instrument des internationalen Rechts. Atomwaffen stehen ab sofort auf einer Stufe mit den geächteten biologischen und chemischen Waffen. Zwei Drittel aller Staaten haben sich an den Verhandlungen beteiligt. Auch Österreich war initiativ und kann sich als Vorreiter für eine friedliche-

re Welt sehen. Die neun atomar bewaffneten Staaten kommen nun, da Atomwaffen illegal sind, unter großen Druck, ihre Abrüstungsbemühungen zu verstärken. Historische Erfahrung zeigt, dass solche Verträge oft zu einer Veränderung der Denkmuster, zu Investitionsstopps und damit zu großen Entwicklungsschritten führen. Nun sollten noch mehr Staaten diesen Vertrag ratifizieren, um den Druck auf die Atommächte weiter zu verstärken. (icanaustria.at)

Hilfe für den fünfjährigen Vladimir Belyaev



Wir möchten Sie bitten, in diesem Jahr die Behandlung von Vladimir Belyaev zu unterstützen:

Vladimir ist leider schwer krank. Vor drei Jahren wurde bei ihm lymphoblastische Leukämie diagnostiziert. Nach einer schwierigen Behandlung, einem Jahr Chemotherapie und einem Jahr Erhaltungstherapien fühlte er sich ein ganzes Jahr lang viel besser und hatte in dieser Zeit eine fast normale Kindheit, die seine Eltern ihm so gewünscht hätten. Leider hatte er in diesem Oktober einen Rückfall. Er befindet sich in einem kritischen Zustand und benötigt dringend medizinische Hilfe.

Dies bedeutet, dass Vladimir zehn Chemotherapie-Behandlungen vor sich hat und möglicherweise eine Knochenmarkstransplantation. Die Eltern des Buben brauchen dringend Hilfe, ihre Finanzen sind erschöpft, und wir möchten sie unterstützen, damit sie sich die teuren Medikamente leisten können. Es besteht eine

hohe Wahrscheinlichkeit, dass die Chemotherapie hilft und Vladimir sich nicht der gefährlichen Knochenmarkstransplantation unterziehen muss.

Seine Mutter schreibt: „**Wir sind sehr dankbar für jede Hilfe, die unserem Sohn den Weg zurück in eine unbeschwerte Kindheit ermöglicht, voller Freude, Lachen und Gesundheit.** Unsere tief empfundene elterliche Dankbarkeit möchte ich Ihnen bereits jetzt übermitteln.

Danke!!!“

Spendenkonto: BAWAG PSK, IBAN AT20 6000 0000 9302 2985,
Kennwort „Tschernobylkinder“

Gute Neuigkeiten von Alisa:

Das ganze Jahr über erhielt Alisa, das Kind, dessen Behandlung wir finanziell unterstützt haben, eine tiefgreifende Therapie. Alisa fühlt sich seitdem wieder viel wohler, ihr Bluttestergebnis ist zufriedenstellend, es gibt keine Hautentzündungen mehr, auch ihr Zahnfleisch hat sich fast ganz erholt.

Auch wenn es zurzeit gut aussieht - es gibt immer noch Defekte in Alisas Knochengewebe.

Während dieser ganzen Zeit können wir Alisa und ihre Familie dank Ihrer Spende weiterhin unterstützen.

Vielen herzlichen Dank!

Einladung zur Jahreshauptversammlung

Die „Wiener Plattform Atomkraftfrei“ lädt alle Förderinnen und Förderer zur Jahreshauptversammlung am Freitag, den 15.1.2021 um 15 Uhr ins Amerlinghaus, 1070 Wien, Stiftgasse 8, ein. Die Tagesordnung und Informationen zu allfälligen Einschränkungen aufgrund der Pandemie werden auf unserer Website unter www.atomkraftfreiezukunft.at einsehbar sein.

Aufruf zur Mitarbeit

Schon mit zwei Stunden pro Monat wäre uns sehr geholfen!

Du tust es für Dich! Wir tun es für uns alle! Nur dagegen sein ändert leider nichts! Handeln ist gefragt!

Wenn Sie unseren **Newsletter** lesen wollen, bitten wir Sie, uns Ihre E-Mail-Adresse bekanntzugeben.

Unsere E-Mail-Adresse:
atomkraftfreiezukunft@gmx.at

Geschätzte Leserin, lieber Leser,

Sie bekommen unsere Zeitung viermal kostenlos zugeschickt; wir hoffen, dass Sie diese weiter erhalten wollen, darum ersuchen wir Sie, uns für das laufende Jahr € 15.- (vier Ausgaben) zu überweisen! BAWAG PSK, IBAN AT20 6000 0000 9302 2985.

Besuchen Sie uns auf unseren Websites:

www.atomkraftfreiezukunft.at und www.donauregion-atomkraftfrei.at

Kurz und wichtig

Erfolg für Wiener Plattform und NGOs

Im Namen und Auftrag der Wiener Plattform Atomkraftfrei und GLOBAL 2000 konnte unsere slowakische Mitstreiterin Dana Mareková im September 2020 nach ausführlichen Recherchen bei einem Gespräch mit dem slowakischen Umweltminister Just Verständnis und ein Einlenken bewirken, was die Mängel der slowakischen Gesetzgebung punkto AKW betrifft, die in einigen Punkten gegen das Völkerrecht verstößt. Es sind Mängel, die dem Aarhus-Übereinkommen nicht entsprechen: unzureichender öffentlicher Zugang zu Informationen über die Genehmigung von AKW (wird als vertraulich deklariert) und Abschaffung der Möglichkeit außerordentlicher Rechtsmittel; Umgehung des Prozesses einer UVP bei der Genehmigung und pauschalen Laufzeitverlängerung für einen begrenzten Zeitraum bei nur kleinen Ausbesserungen (Salamitaktik). (Projekt Donauregion Atomkraftfrei)

Neues aus Fukushima

Spätestens im Sommer 2022 wird auf dem Gelände des zerstörten AKWs in Fukushima kein Platz zur weiteren Lagerung des radioaktiven Wassers mehr sein! Das Filtersystem ALPS kann zwar 62 Nuklide herausfiltern, nicht aber Tritium. Wegen der riesigen Mengen hält die japanische Regierung ein Ableiten des Wassers ins Meer für eine realistische Option. Laute Proteste weltweit werden folgen. (Kronen-Zeitung, 17. 10. 2020)

Nach der Havarie des AKWs Fukushima im März 2011 wurden alle 54 Atomreaktoren heruntergefahren. Derzeit laufen wieder 9 der 37 noch verbleibenden im Land. Nur 5 % des gesamten japanischen Energieverbrauchs werden heute noch von AKWs erzeugt. Vor dem Atom-SuperGAU waren es knapp 30 %. Japan setzt jetzt auf Wasserstoff als Energiequelle; er soll diese Lücke mittelfristig schließen. (Wiener Zeitung, 16. 10. 2020)

Versicherungskonzern Uniqa zieht sich aus der Atomkraft zurück

In der 2019 von der EU-Kommission, Rat und Parlament verabschiedeten sogenannten Offenlegungsverordnung verpflichtet die EU börsennotierte Unternehmen wie Versicherungen, Banken und Investmentfonds zu mehr Transparenz bei Nachhaltigkeit und Umweltschutz. **Andreas Rauter, Leiter der Abteilung Nachhaltigkeit bei Uniqa: „Die Klimastrategie ist Teil der Gesamtstrategie von Uniqa. Neben Atomkraft, Fracking und Tiefseebohrungen wurde vor einem Jahr auch der Ausstieg aus Kohlekraftwerken festgelegt. Wir nehmen keine neuen Kunden mehr.** Keine Neugeschäfte – die bestehenden Kunden werden reduziert. Es gab 119 Anfragen, die wir alle ablehnten. Wer nicht [in Richtung Nachhaltigkeit, Anm.] transformiert, wird es finanziell nicht überleben.“ (Wiener Zeitung, 17./18. 10. 2020)

Thema aktuell



*Mag.ª Hanna
Nekowitsch,
Sprecherin der
„Wiener
Plattform
Atomkraftfrei“*

Jetzt Verbündete suchen!

Redaktion: Ihr habt das Thema „Allianz“ wieder aufgegriffen, den EU-weiten Zusammenschluss von atomkraftfreien und ausstiegswilligen Staaten, die gemeinsam an einem EU-weiten Atomausstieg arbeiten sollen. Hat sich da nicht längst gezeigt, dass die Hoffnung auf Umsetzung illusorisch ist?

Hanna: Immerhin sind die Staaten in der EU, die keine AKWs zur Stromerzeugung betreiben, seit dem Brexit in der Mehrheit! Es stimmt natürlich, dass diese Allianz eine jahrelange Forderung von uns ist und bis jetzt nicht umgesetzt wurde. Nur Luxemburg ist in Fragen der Anti-Atompolitik ein verlässlicher Partner für Österreich! Punktuell auch ein, zwei andere Länder, aber das ist viel zu wenig, um wirklich etwas zu bewirken!

Red.: Besteht nicht auch die Gefahr, dass das Thema in Zeiten der Pandemie und des Klimawandels untergeht?

H.: Das darf nicht passieren! Anti-Atom-Arbeit ist (über-) lebenswichtig für uns und die kommenden Generationen! Wir müssen Strategien entwickeln, die auch in Zeiten der Pandemie eine Zusammenarbeit möglich machen, und gerade die Klimakrise zeigt, wie dringend es ist, echte Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen. **Wie wir immer wieder darlegen, kann Atomkraft das Klima nicht retten!**

Red.: Zurück zur Allianz: Warum sucht Österreich nicht weitere Verbündete?

H.: Das ist eine gute Frage! Wir sprechen das Thema bei jedem unserer Politikergespräche an. Meist hören wir dann, wie schwierig es sei, andere Staaten ins Boot zu holen. **Dass ein solches Unterfangen einer gründlichen Vorarbeit bedarf, wissen Politiker. Sie findet aber nicht statt. Es drängt sich die Frage auf, ob da bisher vielleicht der politische Wille gefehlt hat...**

Red.: Warum sollte das jetzt anders sein?

H.: Ob es wirklich anders sein wird, muss sich erst herausstellen, aber die Bildung einer solchen Allianz steht im Regierungsprogramm! Also müssen wir darauf hinweisen und bei unserer Regierung vehement die Umsetzung einfordern!

Red.: Wer könnte ein weiterer Partner sein?

H.: Litauen hat seit kurzem ein Atomkraftwerk „vor der Haustüre“ stehen. Da würde sich doch eine Einladung zur Zusammenarbeit geradezu anbieten!